

UiD Extra 25/1998

1998 - 2002

Wahl- plattform

Teil II



CDU



CSU 

Der Aufbau Ost hat Priorität

Aufbau fortführen – für einen selbsttragenden Aufschwung

Der Aufbau Ost zählt zu den beeindruckendsten Erfolgsgeschichten dieses Jahrhunderts. Die neuen Ländern sind sichtbar aufgeblüht. Auf die großen Fortschritte beim wirtschaftlichen Aufbau sind die Menschen in Ost und West zu Recht stolz. Nach wie vor sind aber weitere gemeinsame Kraftanstrengungen notwendig. Für uns behält der Aufbau Ost Priorität.

Die großartige Aufbauleistung spiegelt die Leistungsfähigkeit Deutschlands wider, die von aller Welt bewundert und gewürdigt wird. Sie basiert auf drei Grundlagen:

- Auf der friedlichen Revolution, mit der die Menschen in den neuen Ländern die SED-Diktatur überwunden haben.
- Auf den Anstrengungen und Mühen der Menschen in den neuen Bundesländern, die mit enormer Umstellungs- und Anpassungsbereitschaft einen beispiellosen Strukturwandel bewältigt haben, der die Voraussetzung für einen stabilen wirtschaftlichen Fortschritt geschaffen hat.
- Auf der vorbildlichen Solidaritätsleistung der Menschen im Westen für den Aufbau im Osten als einer großen nationalen Anstrengung.

Auch wenn die Überwindung der Folgen von 40 Jahren Teilung und Sozialismus mehr Zeit in Anspruch genommen hat, als viele ursprünglich erwartet hatten, und die Belastbarkeit der Menschen in den neuen Bundesländern auf eine harte Probe gestellt hat, so gibt es zu dem eingeschlagenen Weg doch keine Alternative. Wir werden diesen Weg fortsetzen – Schritt für Schritt und mit Geduld. Die bisher erzielten Erfolge sind unübersehbar.

Die Infrastruktur in den neuen Ländern ist bereits vielfach moderner als in weiten Teilen Europas. Überall in den neuen Ländern sind leistungs-

fähige und innovative Betriebe in Handwerk und Mittelstand entstanden. 600.000 neue Unternehmen haben 3,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. In vielen neugeschaffenen Produktionsstätten stellen hochqualifizierte Arbeitskräfte mit modernster Technik wettbewerbsfähige Produkte her, die Spitzenklasse sind.

Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich heute in einer Phase der Stabilisierung und des teilweise sprunghaften Wachstums auf wichtigen Zukunftsfeldern. Bereiche wie die chemische Industrie, die metall- und kunststoffverarbeitende Industrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik wachsen in einer Bandbreite von 10 Prozent bis 40 Prozent Zuwachs jährlich. Im Außenhandel erzielen die Unternehmen in den neuen Ländern Zuwachsraten von über 20 Prozent im Jahr. Die moderne Infrastruktur bietet zusätzliche Chancen für wirtschaftliches Wachstum im Bereich innovativer, wertschöpfender Dienstleistungen.

Diese Erfolge sind auch Ergebnis der Bereitschaft, innovative Wege zu gehen und ausgetretene Pfade zu verlassen. Wir haben in den neuen Bundesländern erheblich flexiblere Tarifverträge und zum Teil erheblich effizientere Planungs- und Genehmigungsverfahren als im Westen, ohne überflüssigen Bürokratismus, Überregulierung und falschen Perfektionismus.

Wir wollen diesen Innovationsimpuls aus den neuen Ländern zu Verbesserungen im Westen nutzen: Für wesentlich einfachere Verwaltungsverfahren, für den Abbau überflüssiger Normen und Regulierungen, für schlankere Verwaltungen, für die Übertragung öffentlich wahrgenommener Aufgaben an Private, für einen entschlossenen Rückbau unseres ausufernden Rechtswegestaates, auch für mehr Dynamik im Aushandeln gesellschaftlicher Interessen und in der politischen Willensbildung.

Wir wollen nach dem Vorbild der neuen Länder die Zahl der wettbewerbsfähigen und zukunftssicheren Arbeitsplätze überall in Deutschland drastisch erhöhen. Dazu verfolgen wir eine konsequente Innovationspolitik, die für die alten wie für die neuen Bundesländer positive Wirkungen entfaltet. Unsere Positionen als High-Tech-Land wollen wir weiter ausbauen. Spitzen- und Zukunftstechnologie betrachten wir nicht als Bedrohung, sondern als Chance für die Entwicklung in ganz Deutschland.

Bio- und Gentechnologie sind Zukunftstechnologien. Sie leisten unverzichtbare Beiträge zur Bekämpfung von Krankheiten durch neue Medikamente sowie zur Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung. Wir haben eine Aufbruchstimmung für Existenzgründungen geschaffen: Die Zahl der Biotechnologie-Unternehmen hat sich in den letzten zwei Jahren jeweils verdoppelt. Wir werden diese Dynamik weiter fördern.

In Telekommunikation und Multimedia sind in den letzten beiden Jahren 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. In diesem Jahr kommen weitere 90.000 hinzu. Dafür haben wir durch Forschungsförderung und bessere Rahmenbedingungen die Fundamente gelegt. Wir werden dafür sorgen, daß Deutschland zu den ersten Standorten weltweit gehört, die über die Multimedia-Plattform der nächsten Generation, das „Internet 2“ verfügen.

In der Umwelttechnik haben wir den Spitzenplatz auf dem Weltmarkt zurückerobert. In der Solartechnik wurden bahnbrechende Investitionsentscheidungen für den Standort Deutschland erreicht. Wir werden auch hier unsere Spitzenstellung ausbauen.

Mit dem Transrapid wird ein Produkt deutscher Spitzentechnologie im eigenen Land verwirklicht. Damit verbessern wir die Ökobilanz des innerdeutschen Reiseverkehrs und die Exportchancen eines zukunftssträchtigen Verkehrssystems „Made in Germany.“ Der Bau der Transrapidstrecke zwischen Hamburg und Berlin wird schwerpunktmäßig der Bauindustrie in den neuen Ländern zugute kommen und 18.000 Menschen eine Beschäftigungschance bieten.

In der Luftfahrtindustrie streben wir als Europäer die technologische Führungsrolle an. 30.000 Menschen in Deutschland bringt das Airbus-Programm direkte Arbeitsplätze. Eine Verdopplung ist möglich. Der neue Megaliner A3XX muß in Deutschland gebaut werden. Dafür treten wir ein.

Zur Verbesserung der Standortbedingungen werden wir die Verkehrswege weiter modernisieren und ausbauen. Die großen Verkehrsprojekte Deutsche Einheit werden zeit- und fristgerecht fertiggestellt, damit die Verkehrsströme besser fließen. Jeder Versuch, den notwendigen Ausbau zu verhindern oder in die Länge zu ziehen, ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen.

Die Förderpolitik werden wir weiter optimieren. Mit dem neuen Förderkonzept Ost haben wir deutlich gemacht, daß auch in den nächsten Jahren der Aufbau wettbewerbsfähiger Unternehmensstrukturen für unsere Politik absolute Priorität hat. Dazu wird das gesamte Förderinstrumentarium gebündelt und transparenter gemacht. Durch die Umstellung auf Investitionszulagen wird die Förderung auf diejenigen konzentriert, die unmittelbar wirtschaftlich tätig sind. Und sie wird zielgenauer, indem sie direkt das Eigenkapital verstärkt. Die Kapitalaufnahme über die Börse für kleine, aber wachstumsstarke Unternehmen, wie sie gerade in Ostdeutschland zu finden sind, haben wir erleichtert.

Weil dem Dienstleistungssektor bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme eine Schlüsselrolle zufällt, werden produktionsnahe Dienstleistungen fortan Schwerpunkte der Förderung sein. Dabei wollen wir den Mittelstand durch eine Verdoppelung der bisherigen Zulagen besonders fördern. Zugleich wurden die auf 10 Prozent bzw. 20 Prozent verdoppelten Investitionszulagensätze bis zum Jahr 2004 festgeschrieben, um für Investoren in Ostdeutschland langfristige Planungssicherheit zu schaffen.

Die Nachfrage nach Gütern aus den neuen Ländern muß weiter gesteigert werden. Dafür müssen die Unternehmen aus den neuen Ländern auch künftig angemessen an öffentlichen Aufträgen beteiligt werden.

Marktfähige Produkte und Dienstleistungen sind eine entscheidende Voraussetzung für den mittelfristigen Erfolg eines Unternehmens und damit für das Entstehen und für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Aufarbeitung der in der ostdeutschen Industrieforschung entstandenen Defizite bleibt daher auch in den kommenden Jahren eine vorrangige Aufgabe.

Im Vordergrund unserer Politik steht der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die aus eigener Kraft genügend Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Menschen bietet. Wir setzen daher auf die Stabilisierung vorhandener Arbeitsplätze und auf wirtschaftliches Wachstum. Nicht zuletzt wird die Verwirklichung der großen Steuerreform einen herausragenden Beitrag zum weiteren Aufbau Ost leisten.

Durch unsere Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung zeichnet sich auch auf dem Arbeitsmarkt der neuen Länder eine Trendwende ab. Das zeigt: Unsere Maßnahmen greifen, unsere Politik ist erfolgreich.

An der gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, der Wirtschaft und der Kreditwirtschaft verabredeten „Gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ halten wir fest. Die Gewerkschaften fordern wir auf, schnellstmöglichst in die Gemeinsame Initiative zurückzukehren und ihrer Mitverantwortung gerecht zu werden.

Für CDU und CSU hat der erste Arbeitsmarkt Vorrang. Unser Ziel ist die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen am regulären Arbeitsmarkt. Dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor kommt vor allem die Aufgabe zu, die Wiedereingliederungschancen in den regulären Arbeitsmarkt zu verbessern. Dabei stehen für uns vor allem diejenigen Menschen im Vordergrund, die besonders hart von der schwierigen Arbeitsmarktsituation betroffen sind, also Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, ältere Arbeitnehmer und Menschen mit gesundheitlichen oder qualifikatorischen Einschränkungen.

Die Kommunen und alle Träger öffentlicher Aufgaben fordern wir auf, die neuen Spielräume bei arbeitsmarktfördernden Maßnahmen, die wir geschaffen haben, insbesondere bei der Vergabe-ABM möglichst rasch und möglichst vollständig auszuschöpfen. Aber auch Maßnahmen wie die Regie-ABM für Arbeitsuchende, deren Vermittlungschancen auf dem freien Arbeitsmarkt besonders stark beeinträchtigt sind, bleiben unverzichtbar. Wichtig ist, daß die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik die betroffenen Menschen nicht nur finanziell absichern, sondern für sie auch persönlich sinnvoll sind, indem sie ihnen zusätzliche, für den Arbeitsmarkt nützliche Qualifikationen vermitteln, die ihnen den Übergang in den regulären Arbeitsmarkt erschließen helfen.

Ostdeutschland hat Zukunft. Die Chancen für ein beschleunigtes, Arbeitsplätze schaffendes Wachstum der Wirtschaft in den neuen Ländern sind gut. Wir werden diese Chancen nutzen können, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag dazu leisten.

Nationale Solidarität – das Band der Einheit

Die gemeinsame Hilfe beim Aufbau im Osten ist für uns ein Gebot nationaler Solidarität – so wie Deutsche aus Ost und West, allen voran die Soldaten unserer Bundeswehr, im vergangenen Sommer am Oderbruch

nationale Solidarität bewiesen haben. Solidarität setzt die innere Bereitschaft voraus zu helfen, dem anderen zur Seite zu stehen. Diese innere Bereitschaft erwächst aus gegenseitigem Verständnis, Verständnis für die Lage des anderen, für sein Handeln, für seine Motive, für seine Wertüberzeugungen.

Nationale Solidarität zwischen den Deutschen in Ost und West darf, so verstanden, keine Einbahnstraße sein. Notwendig ist, daß die Menschen im Westen Verständnis entwickeln für die Menschen im Osten für deren Leben in vier Jahrzehnten der Teilung im real existierenden Sozialismus. Im Westen wissen die meisten leider immer noch wenig über das Alltagsleben in der DDR, über die andersartigen Biographien und Lebenserfahrungen der Menschen dort.

Ebenso ist notwendig, daß die Menschen im Osten Verständnis für ihre Mitbürger im Westen entwickeln. Ohne die Erfolge von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft im Westen wäre die Wiedervereinigung nicht gekommen und wäre die Unterstützung beim Aufbau Ost nicht möglich. Die Menschen im Osten haben sich in ihrer friedlichen Revolution 1989 und mit den Wahlen zur Volkskammer 1990 in freier Selbstbestimmung für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland entschlossen. Wenn sich Ost und West in dieser Weise gegenseitig verstehen, können wir unser Ziel der Inneren Einheit verwirklichen.

Sozialer Zusammenhalt – Gesellschaft des Miteinanders – Freundschaft der Generationen

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit — Werte als Fundament der Gesellschaft

Grundlage unserer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft sind gemeinsame Grundwerte. Unser Gemeinwesen lebt von geistigen Grundlagen, die nicht selbstverständlich und für alle Zeiten gesichert sind.

Wir benötigen darüber hinaus einen stärkeren Wertekonsens, um erfolgreich die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Notwendig sind vor allem das alltäglich gelebte Vorbild des Bürgers und die Stärkung der wichtigen Werte vermittelnden Gemeinschaften und Einrichtungen unserer Gesellschaft – Familie, Schule, Kirchen.

Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen, das Wissen um Gottes gute Schöpfung und die Orientierung an christlichen Werten. Wir unterstützen die Kirchen in ihrer Arbeit, Orientierung zu stiften und geistige Heimat zu bieten. Den Schutz des religiösen Bekenntnisses gegen verletzende Angriffe und Beschimpfungen wollen wir verstärken.

Unsere Rechtsordnung schützt auch das religiöse Bekenntnis von Glaubensgemeinschaften, die außerhalb unseres christlich-abendländischen Kulturkreises stehen. Das gilt allerdings nur, soweit durch entsprechende Äußerungsformen der öffentliche Friede und die religiösen Gefühle anderer nicht verletzt werden.

Wir bekennen uns zur unverletzlichen Würde des Menschen. Würde und Leben des Menschen – am Anfang des Lebens ebenso wie am Ende – sind unantastbar. Wir werden sie weiter schützen.

Jeder Mensch ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt und auf sie angewiesen. Die Freiheit des einzelnen verwirklicht und bewährt sich in der Zuwendung zum Nächsten und in der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Der einzelne muß Verantwortung für sich und seine Mitmenschen tragen. Wir wollen eine Gesellschaft des stärkeren sozialen Miteinanders. Entscheidend für unsere Zukunft sind die gemeinschaftsstiftenden und gemeinschaftserhaltenden Werte wie Verantwortungsbereitschaft, Gemeinsinn, Nächstenliebe.

Wer bereit ist, Verantwortung für andere zu übernehmen, Dienste am Nächsten zu leisten, den wollen wir ermutigen und fördern. Viele Menschen, gerade junge Menschen, sind bereit zu helfen, mitzumachen, sich zu engagieren. Wir wollen dazu Anstöße geben, ihnen Ziele zeigen, die den Einsatz lohnen. Wir wollen für erheblich mehr öffentliche Anerkennung freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements in Initiativen, Vereinen und Kirchen sorgen.

Unsere Gesellschaft wird ihr menschliches Gesicht nur behalten, wenn Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit die verpflichtenden Grundlagen bleiben. Es ist die besondere Selbstverpflichtung von CDU und CSU, die christlich geprägten Wertegrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken.

Vorfahrt für die Familie

Im Mittelpunkt einer menschlichen Gesellschaft steht für uns die Familie. Auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bleibt sie die Lebensgemeinschaft der Zukunft.

Wir haben den Familienleistungsausgleich durchgreifend verbessert, Kindergeld bzw. Kinderfreibeträge deutlich erhöht. Durch die Einführung eines Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs konnten wir den jungen Familien in einer entscheidenden Lebensphase spürbar helfen. Wir haben die rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungsleistungen eingeführt und ausgeweitet. Bis zum Jahr 2000 wird diese Anerkennung auf 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes der Versicherten angehoben. CDU und CSU haben ein flächendeckendes Angebot an Kindergarten-

plätzen durchgesetzt, ein neues Kindschaftsrecht wurde eingeführt, das eheliche und nichteheliche Kinder rechtlich gleichstellt.

Wir werden die Familien weiter stärken. Wir wollen vor allem dafür sorgen, daß die Arbeit mit Kindern und für Kinder größere Anerkennung findet. Finanzielle Spielräume werden wir konsequent zugunsten der Familie nutzen, insbesondere für Kindergeld und Erziehungsgeld. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wollen wir fördern – vor allem durch ein bedarfsgerechtes Angebot zur Tagesbetreuung. Den Alleinerziehenden wollen wir besonders helfen.

Freundschaft der Generationen, Partnerschaft von Mann und Frau

Ehe und Familie sind unverzichtbare Institutionen, die sich im gesellschaftlichen Wandel bewähren. Die eheliche Lebensgemeinschaft ist heute stärker geprägt vom gleichberechtigten Interesse von Mann und Frau an partnerschaftlicher Lebensgestaltung. Diesem Interesse wollen wir Rechnung tragen. Die Ehe bleibt die beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder.

Unser Leitbild ist die Partnerschaft und Solidarität der Generationen. Generationensolidarität heißt nicht nur, daß die ältere Generation eine Alterssicherung genießt, die ihre Lebensleistung widerspiegelt. Generationensolidarität heißt auch, daß wir nicht auf Kosten derer leben dürfen, die nach uns kommen. Das gilt für die öffentliche Verschuldung ebenso wie für unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Den Sozialstaat zukunftsfest machen

Damit die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme erhalten bleibt, werden wir den Sozialstaat weiter umbauen. Daß Umbau nicht gleichbedeutend mit Abbau ist, sondern Fortentwicklung bedeutet, haben wir mit der Einführung der Pflegeversicherung, durch die sich die Situation von über 1,7 Millionen Pflegebedürftigen und der Pflegekräfte durchgreifend verbessert hat, bewiesen.

Mit der Rentenreform 1999 haben wir die finanziellen Folgen aus steigender Lebenserwartung und längerem Rentenbezug angemessen auf Beitragszahler und Rentner, auf Junge und Alte verteilt. Der nächste Reformschritt wird die Reform der Hinterbliebenenrente sein. Daneben werden wir für eine weitere Stärkung der zentralen Rolle der Familie für den Generationenvertrag eintreten. Wer nach 45 Beitragsjahren in Rente geht, soll keine Abschlüsse hinnehmen müssen. Für eine umfassende und langfristig wirksame Stabilisierung der Altersversicherung wollen wir insbesondere junge Menschen ermutigen, frühzeitig ergänzend für das Alter vorzusorgen. Darüber hinaus treten wir für Rahmenbedingungen ein, die es der betrieblichen Altersversorgung ermöglichen, ihre ergänzende Funktion innerhalb des Alterssicherungssystems weiterhin übernehmen zu können.

Unserer Bevölkerung wird auch in Zukunft eine erstklassige gesundheitliche Versorgung bei umfassendem sozialen Schutz zur Verfügung stehen. CDU und CSU haben mit der Gesundheitsreform einen grundlegenden Wandel vollzogen – weg von einer reinen Begrenzung der Ausgaben hin zu einer am Menschen und dessen medizinischem Bedarf orientierten Gesundheitspolitik. Diese Umsteuerung zu mehr Eigenverantwortung und weniger staatlicher Reglementierung stellt auch künftig eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung sicher. Niemand wird in Deutschland wegen seiner Krankheit, seines Alters, seiner Herkunft, seines Einkommens oder der Zahl seiner Kinder überfordert oder ausgegrenzt. Dafür sorgen auch die deutlich verbesserten Härtefallregelungen. Gleichzeitig haben wir seit nunmehr sechs Jahren Beitragsstabilität. Auch dies ist ein gewichtiger Beitrag zur Sicherung unseres bewährten und vorbildlichen Gesundheitssystems.

CDU und CSU werden diesen Weg einer modernen und innovationsoffenen Gesundheitspolitik konsequent fortsetzen.

Die fortschreitende Umwandlung regulärer Arbeitsplätze in 620/520-DM-Jobs ist eine Fehlentwicklung. Wir werden eine Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf den Weg bringen, die für mehr Dynamik im Bereich von Niedriglohnbeschäftigung und Teilzeitarbeit sorgt. Eine ersatzlose Abschaffung lehnen CDU und CSU ab.

Wir wollen eine breitere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Kapitalerträgen erreichen – insbesondere über die Einführung investiver Lohnbestandteile. Lohnerhöhungen und Sparbeiträge, die zur betrieblichen oder überbetrieblichen Kapitalbildung verwandt werden, wollen wir in einem ersten Schritt bis zu einer Höhe von 800,- DM durch eine Sparszulage von 20 Prozent (25 Prozent in den neuen Bundesländern) fördern. Hierfür haben wir die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen.

Die Förderung von Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungen wird fortgeführt werden. Dabei räumen CDU und CSU der Förderung von Wohneigentum Vorrang ein. Die Wohnungsbauförderung wird künftig weiter stärker auf die eigentlichen Zielgruppen, d.h. auf Haushalte, die sich am Wohnungsmarkt nicht aus eigener Kraft versorgen können, ausgerichtet werden. Ziel ist es dabei, Fehlförderungen zu vermeiden. CDU und CSU wollen auch das Wohngeld an die veränderten Mieten und Einkommen anpassen und strukturelle Fehlentwicklungen korrigieren.